

Der Kaufmann von Wien

Wenn früher einmal von Gangsterbanden, bestechlichen Polizeibeamten und mächtigen, jedoch als ehrsame Kaufleute getarnten Unterweltbossen die Rede war, dann dachte man unweigerlich an New York oder Chicago. Doch das war, wie gesagt, früher einmal. Um dem organisierten Verbrechen zu begegnen, braucht man sich heute nicht mehr nach Übersee zu bemühen; es genügt ein kleiner Schritt ins Wiener Nachtleben. Denn in der guten, alten Bundeshauptstadt ist jetzt eine junge, dynamische Gang am Drücker, die nicht nur den „Stoß" (verbotenes Glücksspiel) und den „Strich" (Prostitution) beherrscht, sondern auch von Bars und Diskotheken „Schutzgebühr" einhebt. Das heißt, daß die Lokalbesitzer ganz einfach erpreßt werden. Wer nicht zahlt, dem wird die Bude zu Kleinholz geschlagen.

Staatsanwalt Schindler, der seit Jahren Belastungsmaterial sammelt, traut der Wiener Mafia allerdings noch weitere Straftaten zu: Kunst- und Diamantenhehlerei, Rauschgifthandel, Autodiebstähle und Schmuggel. Die Bande, deren Boß der 39jährige „Kaufmann" Heinz Bachheimer sein soll, hat einen Personalstand von etwa 80 polizeibekannten Verbrechern. Ein krimineller Konzern also, wie ihn Österreichs Kriminalgeschichte bisher noch nicht gekannt hat; und eine Größenordnung, die Wien entgegen stadtväterlicher Versprechungen zwar nicht zur Weltstadt, aber immerhin zur Unterweltstadt macht.

Der Staatsanwalt stieß bei der Polizei jedoch auf taube Ohren, denn dort glaubt man offenbar an eine heile Krimiwelt. Dieselbe Polizei, die erwiesenermaßen einen politisch motivierten Spitzelakt über einen siebenjährigen(!) Buben angelegt hat, verhielt sich dem Bachheimer-Clan gegenüber auffallend lax. Und wenn das Sicherheitsbüro doch hin und wieder etwas tun mußte, weil es sich auf Grund von Weisungen und Aufträgen der Staatsanwaltschaft nicht mehr vermeiden ließ, dann zeigten sich die Ganoven darüber derart gut informiert, daß dies sogar zu einer parlamentarischen Anfrage führte: „Bekommt die Wiener Unterwelt Auskünfte aus dem Polizeicomputer?"

Auffallend schlecht informiert erwies sich hingegen Polizeipräsident Reidinger, der die Existenz einer Verbrecherbande genauso schlicht wie naiv anzweifelte: „In Wien sitzen die Ganoven doch beim Heurigen!"

Daß den Meisterdetektiven des Sicherheitsbüros unter solchen Umständen kein Erfolg beschieden sein konnte, das ist wohl verständlich. Die Verhaftung Heinz Bachheimers am 18. Jänner 1978 war lediglich die Folge eines dummen Fehlers, der dem — nur wegen seiner Haarfarbe so bezeichneten — „roten Heinzi" unterlaufen war. Er hatte vergessen, die Miete für ein Bankschließfach zu zahlen, und bei der routinemäßigen Überprüfung des Faches war allerhand Beutegut gefunden worden.

Aus der Tageszeitung *Kurier* erfuhr die Öffentlichkeit dann einige bemerkenswerte Einzelheiten. Zum Beispiel, daß ein leitender Kriminalbeamter, der Oberstleutnant Franz H., ein Du-Freund Bachheimers ist. Und daß Bachheimer eine schallgedämpfte Pistole besaß, die ursprünglich einem tschechischen Emigranten gehörte, welcher inzwischen „unter merkwürdigen Umständen" gestorben ist. (Leser mit gutem Gedächtnis werden sich vielleicht daran erinnern: Der Bachheimer-Freund und Exkommerzialrat Berger stand ebenfalls unter Spionageverdacht zugunsten osteuropäischer Staaten.)

Die Informationsquelle *Kurier* ist indessen leider wieder versiegt. Ob die Drohungen aus der Unterwelt dran schuld sind? Oder etwa gar ein Wink aus der Oberwelt?

Und wird die Polizei, wenn schon nicht in Ganoven-, so doch wenigstens in den eigenen Kreisen, nach dem rechten sehen? Präsident Reidinger gibt sich diesbezüglich ahnungslos wie immer: „Mir ist nichts von Unzukömmlichkeiten bekannt. Deshalb, weil eine Zeitung das schreibt, kann ich doch nicht gleich eine Untersuchung starten."

Das kann man wirklich nicht von ihm verlangen. Weil doch seine Beamten ohnedies schon überlastet sind. Vermutlich mit dem Anlegen neuer Spitzelakten. •

„Für die Volksmacht." Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl; alle 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 139, März 1978



»Gott schütze Österreich!«

Vor 40 Jahren wurde die nationale Existenz Österreichs ausgelöscht. Die Annexion Österreichs an das Hitler-Reich brachte Hunderttausenden unserer Landsleute den Tod, Tod in Gestapo-Kerkern und in KZs, Tod auf den Schlachtfeldern und unter Bombenruinen. Heute ist Österreich abermals bedroht, diesmal durch die beiden Supermächte Rußland und Amerika. Sollten wir aus dem März 1938 und seinen Folgen nichts gelernt haben?

Wenn heute vom Einmarsch der Hitler-Truppen in Österreich gesprochen wird, dann denkt man meist an die 100.000 Menschen, die zur „Begrüßung" auf dem Heldenplatz in Wien gestanden sind. Daß aber Himmler mit seiner Gestapo noch vor der Wehrmacht in Wien eintraf und daß in den ersten Tagen des deutschen Einmarsches über 70.000 Österreicher verhaftet wurden, wird meist verschwiegen oder vergessen. Verhaftungen, Folter, Konzentrationslager für die Hitler-Gegner waren die Voraussetzungen, daß die Welt nur die jubelnden Hitler-Anhänger sah. Das wirkliche Österreich, das stand 1938 nicht am Heldenplatz. Wer nicht verhaftet worden war, war zu Hause geblieben, verbittert und verzweifelt, weil dem Einmarsch kein Widerstand entgegengesetzt worden war.

Auch Renner

Wie war diese kampflose Kapitulation möglich?

Ein Teil der Bevölkerung fiel auf die Demagogie Hitlers herein. Viele meinten, daß Österreich nicht lebensfähig sei. Sie glaubten Hitler, daß Österreich ein deutsches Land sei und daß sie im deutschen Reich ihre Heimat wiederfinden, Brot und Arbeit erhalten würden. So hat auch Karl Renner den Anschluß Österreichs an Deutschland als einen historischen Fortschritt betrachtet und mit ihm nicht unbeträchtliche Teile der Sozialdemokratie.

Dazu kam, daß die herrschende Klasse Österreichs seit Jahren eine Annäherung an Hitler-Deutschland betrieben hatte. Im Juli-Abkommen von 1936 verpflichtete sich der damalige Bundeskanzler Schuschnigg, in der Außenpolitik einen gemeinsamen Kurs mit Deutschland zu verfolgen. Österreich wurde als zweiter deutscher Staat bezeichnet. Die Nazis konnten nach diesem Abkommen halblegal arbeiten und somit auch für den „Anschluß" werben, während die Hitler-Gegner verfolgt wurden. ⇨

Nach dem Februar 1934 hatte die herrschende Klasse ihre offene Diktatur über das arbeitende Volk Österreichs errichtet. Die Parteien und Gewerkschaften wurden verboten, das Versammlungsrecht aufgehoben, das Streikrecht beseitigt, die Opposition ins Gefängnis oder in die „Anhaltelager" geworfen. Die Kluft zwischen der Regierung und dem Volk war unüberwindlich, Schuschnigg reagierte nicht einmal auf Angebote von Arbeitervertretern, rechtzeitig die Unabhängigkeit des Landes gegenüber Hitler zu sichern. Die Diktatur riß die österreichische Nation entzwei und machte sie schwach und wehrlos gegenüber dem Angreifer.

Österreich als Ausgangsbasis

So konnte Hitler es wagen, mit der Begründung in Österreich einzufallen, alle Deutschen in einem Reich zusammenzufassen und die deutsche Einigung zu vollenden. Aber Hitlers Ziel war etwas ganz anderes. Das Großdeutsche Reich war nur ein Vorwand zur Eroberung von Positionen, die ihm den Kampf um die Weltherrschaft ermöglichen sollten. Wie er in einem Gespräch mit einem Nazi-Führer sagte, war sein Ziel, einen festen Kern mit hundert Millionen Menschen in Mitteleuropa zu schaffen, um den dann Staatenbünde im Osten, Norden und Westen gruppiert werden sollten, die von Deutschland geführt werden.

Der Weg ging über Österreich: unser Land bot militärstrategisch die günstigste Ausgangsbasis für die Eroberung der Tschechoslowakei und für das Vordringen nach Südost- und Osteuropa. Weiters Rohstoffe, Industrieanlagen und neues Menschenmaterial, das in der Rüstungsindustrie und als Kanonenfutter auf den Schlachtfeldern eingesetzt werden konnte. Das ist der Imperialismus!

Das Münchner Abkommen

Die Westmächte beschränkten sich anläßlich des Einmarsches in Österreich darauf, eine Protestnote zu überreichen. Damit war für sie die Frage Österreich erledigt,



sie erkannten Hitler als Oberherrn Österreichs an. Aber Hitler wollte mehr. Jetzt forderte er einen Teil der Tschechoslowakei, natürlich „nur", um die dort lebenden Deutschen „heim ins Reich zu holen". Wenn dies nicht möglich sei, so könne er für nichts garantieren. Die Westmächte stimmten mit dem Münchner Abkommen (September 1938) der Zerstückelung der Tschechoslowakei zu, und der nach England zurückgekehrte Premierminister Chamberlain verkündete, daß damit der Friede für seine Generation gesichert sei. Aber ein kleiner Bissen stillt nicht den Hunger, sondern macht den Appetit nur größer: ein halbes Jahr später marschierte Hitler in Prag ein und nach einem weiteren halben Jahr beginnt mit dem Einmarsch in Polen der Zweite Weltkrieg.

Mit dem Münchner Abkommen verfolgten die Westmächte ein ganz klares Ziel. Sie wußten, daß der deutsche Imperialismus nach der Weltherrschaft strebte und früher oder später einen Krieg vom Zaune brechen würde. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte er sich von seinem Zusammenbruch relativ rasch erholt und er wollte neue Macht haben. Der deutsche Imperialismus geriet dadurch in Konkurrenz mit dem englischen und französischen Imperialismus. Die Westmächte wollten von ihren Positionen nichts abtreten und so versuchten sie, Hitler nach Osten zu lenken. Deshalb wurde Österreich geopfert, dann die Tschechoslowakei, und über diese Länder sollte er weiter vordringen nach Rußland. Das war die Absicht: die Sowjetunion und Hitler-Deutschland sollten sich in einem Krieg völlig verausgaben, so daß dann die Westmächte auf den Plan treten konnten, um ihre Herrschaft über die völlig entkräfteten Völker aufzurichten.

Der Plan ging nicht auf

Dieses Ziel der Westmächte scheiterte aber. Es scheiterte an der Sowjetunion, die diesen Plan rechtzeitig erkannte, und es scheiterte an der imperialistischen Rivalität zwischen den Westmächten und Hitler-Deutschland. Hitler ging gegen die Westmächte vor, ehe er mit seinem Feind Sowjetunion abrechnen wollte. Der erste Schritt war die Eroberung des mit den Westmächten verbündeten Polen. Mit dem Einmarsch in Polen begann das große Weltgemetzel, und die Österreicher marschierten in den Armeen des deutschen Imperialismus mit. Eine der ersten Maßnahmen Hitlers nach dem Einmarsch war die Eingliederung des Bundesheeres in die deutsche Wehrmacht gewesen.

In Österreich veliert dabei das Volk jede Freiheit, jede Würde. Auch jene, die den Einmarsch begrüßten, spürten bald, was Hitler heißt: die brutale Knute der deutschen Eroberer, die sich im ganzen Land breitmachen, alle wichtigen Stellen besetzen und sich als die Herren aufspielen. Vom ersten Augenblick an muß das Volk den Krieg unterstützen: durch die Arbeit in der Rüstungsproduktion, durch Soldaten für die Front. Und wenn sich ein Widerstand regt, arbeitet die Unterdrückungsmaschinerie der Gestapo. Folter, Konzentrationslager, Hinrichtungen, Tod am Schlachtfeld – das waren die Segnungen, die Hitler gebracht hatte.

Wäre Widerstand möglich gewesen?

Angesichts solcher Tatsachen muß man sich fragen: wäre ein Widerstand gegen den Einmarsch Hitlers nicht besser gewesen als die Kapitulation? Da gibt es heute noch Leute, die sagen: Im Falle eines Widerstandes wäre Blut geflossen, die Österreicher wären noch brutaler unterdrückt worden, die Hitler-Truppen hätten dann gehaust wie in anderen Ländern, während es uns so doch etwas besser gegangen sei. Die Lebensmittelrationen für die Österreicher waren zwar um eine Spur besser, aber ins KZ sind die Österreicher genauso



gekommen wie jene Menschen in den anderen Ländern, die für eine freie Heimat eingetreten sind. Und für den Bissen Brot mehr hatten die Österreicher ihre besten Söhne den deutschen Imperialisten zur Verfügung zu stellen. Sie wurden eingesetzt in den blutigsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs, so wie in Stalingrad, wo die Österreicher das Hauptkontingent der deutschen Wehrmacht stellten. Über 400.000 Österreicher sind an der Front verblutet.

Als Hitler in Prag einmarschierte, sah er keine jubelnde, sondern eine feindliche Bevölkerung, die ihre Hände nicht zum Hitler-Gruß erhob, sondern zur Faust ballte. So eine Bevölkerung war für Hitler zu unzuverlässig, als daß er sie in die deutsche Wehrmacht hätte eingliedern können. Die besten Söhne des tschechoslowakischen Volkes verbluteten daher nicht in Stalingrad, sondern füllten die Reihen des Widerstandes gegen Hitler. Sie stärkten nicht die Kraft des deutschen Imperialismus, sondern trugen dazu bei, daß seine Niederlage schneller und gründlicher zustande kam. Die Kapitulation vor Hitler hat nicht Blutvergießen erspart, sondern das größte Leid gebracht, das überhaupt möglich war: den Tod im Frontdreck, den Tod unter den Bombentrümmern, die Zerstückelung und Besetzung der Heimat.

Da ist dann noch die Frage, ob ein Widerstand gegen einen so mächtigen Gegner wie Hitler überhaupt möglich war, der ein paar Jahre später fast ganz Europa in die Knie zwang. War der Feind nicht übermächtig? Hätte ein Kampf überhaupt etwas gebracht?

Die Arbeiter waren bereit

Das österreichische Volk war in seiner Mehrheit bereit, den Kampf aufzunehmen. Das zeigten die Tage unmittelbar vor der deutschen Aggression: binnen weniger Tage wurden über eine Million Unterschriften für ein freies und unabhängiges Österreich gesammelt. Die Vertreter der Arbeiterschaft boten der Regierung an, im Kampf um die Verteidigung der Unabhängigkeit mitzumachen. Bis in die Kreise der Polizei und des Bundesheeres hinein hat es Menschen gegeben, die bereit waren, mit der Waffe in der Hand Widerstand zu leisten. Aber ihnen allen war gemeinsam: sie wagten nicht, allein den Kampf zu beginnen, sie warteten auf einen Aufruf. Als Schuschnigg zwei Tage vor dem deutschen Einmarsch in einer Rundfunkrede rief: „Mander, 's ischt Zeit", glaubten viele, jetzt ist es ernst. Aber zwei Tage später kapitulierte er mit den Worten: „Gott schütze Österreich". In das österreichische Volk, das allein unser Land hätte schützen können, setzte er kein Vertrauen. Er wollte es nicht, und mit ihm wollten es jene Kreise nicht, denen die Nazi-Barbarei lieber war als ein Volk, das sich im Kampf um seine Unabhängigkeit auch seine Freiheit hätte erobern können, die es verloren hatte.

Es wäre ein Signal gewesen

Die Auswirkungen eines bewaffneten Widerstandes wären ungeheuer gewesen. Hitler führte seine Eroberungen in Mitteleuropa un-

ter dem Schlagwort der Einigung des deutschen Volkes, unter der Losung „Ein Volk, ein Reich, ein Führer" durch. Mit dem österreichischen Widerstand wäre diese Losung zusammengebrochen und dem deutschen Volk wie auch den Völkern der ganzen Welt wäre der nackte, imperialistische Charakter der Pläne Hitlers offen zutage getreten. So aber stärkte der „Anschluß" Hitlers Basis nicht nur im Ausland, sondern auch unter Teilen der deutschen Bevölkerung und erschwerte den antifaschistischen Kampf des deutschen Volkes.

Aber ein Widerstand gegen den Einmarsch in Österreich hätte nicht nur der deutschen Opposition gegen Hitler ungeheuren Aufschwung gegeben, auf der ganzen Welt wäre die Front der Hitler-Gegner gestärkt worden. So wie im Februar 1934, wo trotz der Niederlage der Kampf der österreichischen Arbeiter einen Aufschwung des antifaschistischen Kampfes in ganz Europa eingeleitet hat.

Damals, 1933, nach der furchtbaren Niederlage der deutschen Arbeiterklasse, hatten die österreichischen Arbeiter gezeigt, daß es möglich ist, dem Faschismus bewaffneten Widerstand zu leisten. Diese Kämpfe waren Ansporn und Vorbild für den Kampf der asturischen Arbeiter im Oktober 1934 und für den Kampf des republikanischen Spaniens gegen Franco. Die österreichischen Arbeiter hatten den Bann gebrochen, der über der europäischen Arbeiterbewegung lag: der bewaffnete Kampf gegen den Faschismus war möglich. So hätte es auch 1938 sein können: das österreichische Volk hätte wiederum an vorderster Front der arbeitenden Menschen der ganzen Welt stehen können. Es wäre ein Signal gewesen für die Völker der Welt, Hitler in die Knie zu zwingen.

Weniger Opfer

Aber nicht nur auf das Ausland hätten sich die Kämpfe ausgewirkt. Auch auf Österreich! Wie im Jahr 1934 der Austrofaschismus jede Basis in der Bevölkerung verloren hat, so wäre es auch Hitler gegangen. Die Brutalität des deutschen Imperialismus wäre vom ersten Tag an offenbar gewesen, die Menschen hätten sich zusammengeschlossen und die ungeheuren Opfer und Leiden, die erst im Laufe der Zeit in unvorstellbarem Ausmaß kamen, wären uns erspart geblieben. Im bewaffneten Widerstandskampf hätten die österreichischen Arbeiter – so wie die Arbeiter in den anderen europäischen Ländern – den Grundstein legen können für eine breite antifaschistische Einheitsfront des österreichischen Volkes. So wie in anderen Ländern wären auch in Österreich die patriotischen Teile des Heeres zum Widerstand übergegangen, statt für Hitler zu dienen. Auch wenn der Widerstand den Einmarsch nicht hätte verhindern können, so hätte er doch günstige Bedingungen für den weiteren Kampf gegen Hitler und für den Wiederaufbau nach der Zerschlagung des Faschismus geschaffen.

Ein Widerstand des kleinen Österreich hätte 1938 das Kräfteverhältnis auf der ganzen Welt geändert. Die Völker der ganzen Welt hätten uns Österreicher unterstützt, Druck auf ihre Regierungen ausgeübt und sie zum Widerstand gegen Hitler gezwungen. Das Münchner Abkommen wäre nicht möglich gewesen. Hitler hätte nicht mehr diese materiellen und menschlichen Reserven für den Krieg gehabt, die er 1939 bereits zusammengeraubt hatte. Auch im Fall einer Niederlage im Kampf gegen die Besetzung, Österreichs Weg zur Freiheit wäre viel kürzer, viel leichter gewesen und hätte nicht so viele Opfer am Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges gefordert.

Das Vertrauen war dahin

Aber es kam nicht dazu: die herrschende Klasse wollte keinen Widerstand leisten, und die Arbeiter hatten nicht den Mut, allein den Kampf zu beginnen. Das hatte seine Ursachen in den bitteren Niederlagen der österreichischen Arbeiter, die ihnen im vorangegangenen Jahrzehnt von der eigenen Führung zugefügt worden waren. Das Vertrauen in ihre Kraft, die Siegeszuversicht, die sie noch 1927 hatten und die für die ganze Welt ein Vorbild war, ist durch die Politik der sozialdemokratischen Führung zerstört worden. Sie hatten 1938 nicht mehr den Mut, auf eigene Faust nochmals so zu handeln wie 1927 und 1934. Sie hatten durch den damaligen Verrat und durch diese fürchterlichen Niederlagen das Vertrauen in die eigene Kraft verloren. Und die fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterschaft – KPÖ und illegale Gewerkschafter – waren damals zu schwach, um dieses Vertrauen wieder herzustellen und allein zum Kampf aufzurufen. So warteten die Arbeiter auf einen Aufruf zum Handeln, doch dieser Aufruf kam nicht.

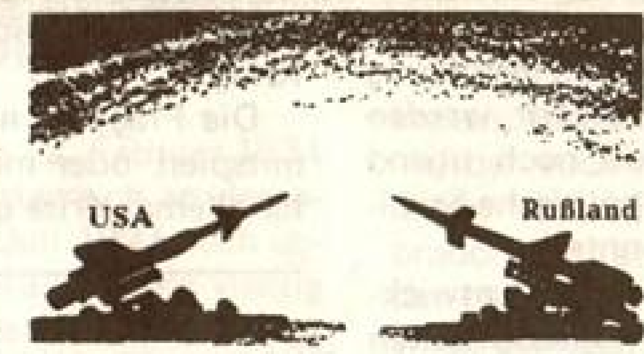
Besetzung

So mußte der Kampf gegen Hitler und für die Freiheit Österreichs unter schwierigsten Bedingungen aufgenommen werden. Der Kampf der Männer und Frauen in der Heimat, der Widerstand in der Wehrmacht, das war der Kampf um die Zukunft Österreichs. So reihte sich auch Österreich ein in die internationale Einheitsfront gegen den Faschismus.

Für Österreich endete der Krieg freilich mit der Besetzung des Landes. Das war die Folge der Kapitulation 1938. Diese Besetzung verhinderte, daß die Arbeiter das Land so aufbauen konnten, wie sie es wollten. Die Bourgeoisie festigte ihre Herrschaft wieder. Die Werktätigen haben wiederum nichts zu reden.

Die Herrschenden haben ihr Wesen nicht geändert. Sie haben nur zu einer anderen Herrschaftsmethode gegriffen, nämlich zur parlamentarischen Demokratie, die die Diktatur der Bourgeoisie verhüllt. Sie werden nicht zögern, das bürgerlich-demokratische Mäntelchen abzustreifen und zu faschistischen Maßnahmen zu greifen, wenn sich die arbeitenden Menschen gegen Unterdrückung und Ausbeutung zur Wehr setzen. Gerade in der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen dafür.

Und heute?



Europa starrt wieder von Waffen. Heute sind es die beiden Supermächte, Rußland und Amerika, die – jede für sich – danach streben, die Vorherrschaft über unseren Kontinent Europa mit seinem ungeheuren Reichtum an Produktivkräften zu gewinnen. Von diesen beiden imperialistischen Supermächten geht heute die Gefahr aus, daß Europa wieder durch einen Krieg verheert wird. Von diesen beiden Mächten geht heute die Gefahr aus, daß Österreich abermals unterjocht und in einen imperialistischen Krieg gezogen wird. Auf die Herrschenden ist im Falle eines Angriffes auf unser Land kein Verlaß. Ihrem Wesen entspricht Kapitulation und Verrat viel mehr als Widerstand. So war es ja auch 1938. Und sie haben ja bereits ein gutes Stück auf der Straße des Verrats zurückgelegt: um ihres Vorteils willen, im Interesse ihres Profits, geben sie einmal der einen Supermacht, dann wieder der anderen den Diener ab.

Es ist das unsterbliche Verdienst besonders der indochinesischen Völker, daß sie bewiesen haben, daß ein kleines Land auch gegen ein großes, übermächtiges siegreich bleiben kann, wenn sein Volk entschlossen ist, zu kämpfen.

Die Garanten der Unabhängigkeit unseres Landes können nur die arbeitenden Menschen sein. Österreich kann nur dann verteidigt, seine Neutralität nur dann behauptet und das Land aus einem imperialistischen Krieg nur dann herausgehalten werden, wenn das ganze werktätige Volk darauf vorbereitet und dazu entschlossen ist. Das lehrt uns der März 1938. •

Entscheidend ist, ob die Arbeiterklasse die Macht hat oder nicht!

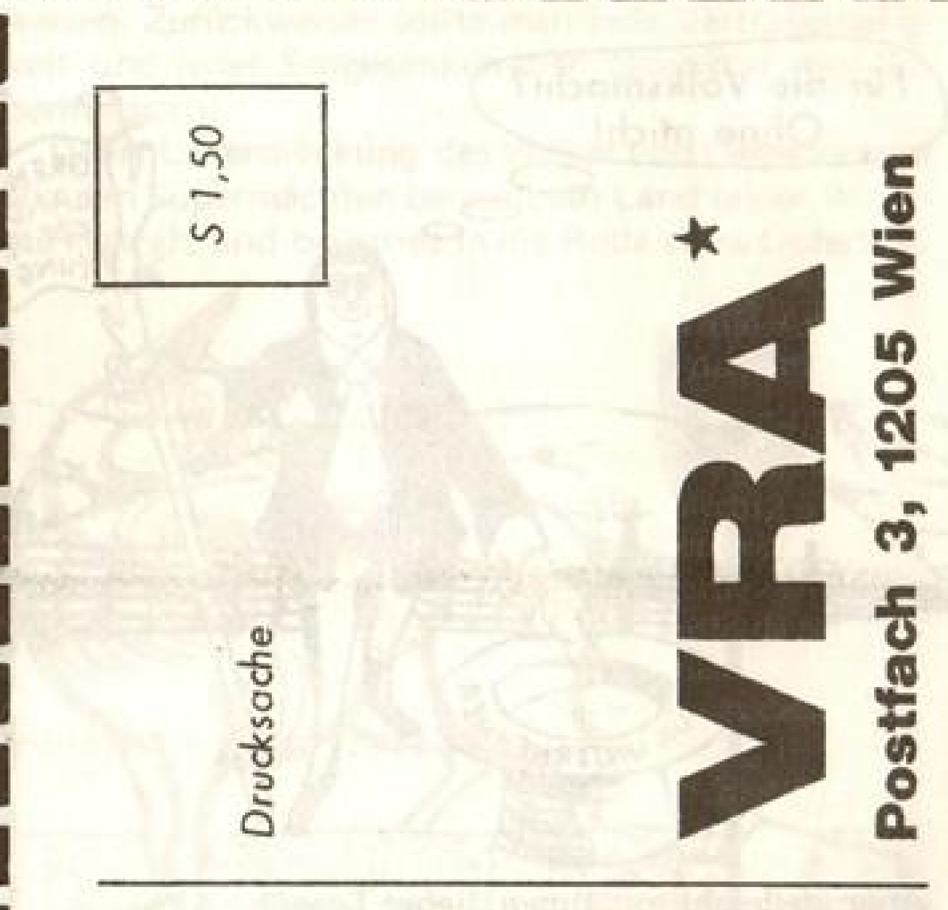
In der „Peking Rundschau" 4/78 kann man lesen: „Ist die Führungsrolle des Überbaus gut oder schlecht – das bestimmt sich danach, ob er den ökonomischen Bewegungsgesetzen entspricht oder nicht." Konkret wird da gemeint: Wenn das Land industrialisiert wird, ist die Politik gut, oder wie es der chinesische Chruschtschow – Deng Hsiao-ping – gesagt hat: Egal, ob die Katze rot oder schwarz ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse.

Mao und die bestgehaßte „Viererbande" haben aber stets die einfache Wahrheit gesagt, daß es nämlich einen großen Unterschied ausmacht, ob man sozialistisch oder kapitalistisch industrialisiert. Und die arbeitenden Menschen in China werden immer deutlicher den Unterschied zu spüren kriegen, ob man selbst mit der Macht in der Hand und auf die eigene Kraft gestützt die Produktivkräfte entwickelt oder ob man wie jetzt mit Industrieanlagen und Waffensystemen die Abhängigkeit vom Ausland einkauft. Das Hauptproblem der chinesischen Arbeiter ist nämlich nicht, daß sie hart arbeiten müssen, sondern daß sie dabei selbst das Kommando haben müssen. •

Hoffnungslose Jugend im Kapitalismus

Als es ihr das erstemal passierte, dachte sie noch, die hätten Antipathie gegen sie. Das war, als sie von einem Tag auf den anderen die Kündigung in der Hand hielt. Sie hatte ein bißchen Angst. Als es ihr das zweitemal passierte, daß sie nach einem Krankenstand wieder den Kündigungsbrief bekam, wurde die Angst schon größer. Wieso denn? Die Krankheit hatte sie sich ja im Betrieb geholt, bedingt durch eine kaputte Klimaanlage, die die Arbeit in einem naßkalten Keller sehr hart machte. 21 Jahre, krank, und innerhalb von sechs Monaten zweimal die Kündigung. Persönliches Schicksal – dachte sie . . .

Jetzt lese ich in einer Illustrierten, wie es Jugendlichen in Deutschland geht. In München hat ein 27-jähriger die Matura extern nachgeholt. Doch seinen Wunsch, Lehrer zu werden, hat er als hoffnungslos aufgeben müssen. Schuld an der Misere ist seiner Ansicht nach „die derzeitige Wirtschaftskrise und das Gesellschaftssystem" („Stern", Nr. 30/1977). Dort ist es bereits so, daß Maturanten froh sein müssen, eine Lehrstelle zu bekommen, wo früher ein Hauptschulabschluß genügt hat. Hauptschüler können demnach noch gerade irgendwo als Hilfsarbeiter unterkommen oder überhaupt nicht. Die Befürchtungen eines deutschen Politologen sind berechtigt, wenn er sagt, „daß die tiefe Enttäuschung von Hunderttau-



Treffpunkt der Marxisten-Leninisten ist das Lokal der VRA in

Wien 20, Universumstraße 40

jeden Dienstag und Freitag ab etwa 18.30 Uhr. (Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen.) Telefon 33 87 774. Besucher sind uns herzlich willkommen.

senden von jungen Leuten (die Enttäuschung, daß nämlich kaum mehr jemand, egal welche Ausbildung er abgeschlossen oder nicht abgeschlossen hat, werden kann, was er will, sondern froh sein muß, noch irgend etwas zu bekommen) eines Tages die politische Stabilität der Bundesrepublik gefährden könnte".

Ebenso – bzw. noch schlimmer – ist die Entwicklung in Österreich und in den anderen kapitalistischen Staaten wie Frankreich, Italien, Japan. Aber wer ist schuld? Diese Frage wird nicht richtig beantwortet. Es ist nicht die Bevölkerungsexplosion, sondern es ist deshalb, weil wir für den Profit einiger weniger Kapitalisten und nicht für den Bedarf aller produzieren, und in wilder Konkurrenz und nicht nach einem gesellschaftlichen Plan.

Natürlich versuchen diese Herrschaften die jungen Leute zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Sie haben Angst, daß diese jungen Menschen – und nicht nur die jungen, sondern jung und alt gemeinsam – eine Einheit, gestützt auf ihre eigene Kraft herstellen, und diese vom Geld korrumpierten Herrschaften von den Machtsesseln herunterholen, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Sich eine Gesellschaft bauen, wo die Produktion von jenen bestimmt wird, die tagtäglich mit ihrer Hände Arbeit die Produkte schaffen.

Die Kapitalisten werden aus der Krise nicht mehr herauskommen. Was dann passieren wird, zeigt die Geschichte ganz deutlich. Zuerst die gewaltsame Unterdrückung des Volkes mit dem Faschismus und dann das Hineinhetzen in einen imperialistischen Krieg.

Die Frage ist nur, ob die Bevölkerung noch einmal mitspielt oder mit dem Sturz der Herrschenden ein für allemal Krise und Krieg beseitigt. G. S., Wien ●



Profit – „made in Waldviertel"

Daß unsere Arbeitsplätze nicht so sicher sind, wie uns immer eingeredet wird, zeigt das Beispiel Waldviertel:

Anfang Februar wurden bei der Strickerei Brenn in Groß Schönau 14 Arbeiterinnen – zirka die Hälfte der Belegschaft – entlassen, in der Strumpffabrik Ergee 70 Arbeiterinnen von ungefähr 200. Dazu wurde bereits im Vorjahr eine Feuerzeugfabrik in Heidenreichstein geschlossen und in Textilbetrieben in der Gegend um Heidenreichstein und in Weitra (Mantelfabrik RESPO) Arbeiterinnen entlassen.

Diese Firma RESPO in Weitra ist ein gutes Beispiel, wie es mit der Förderung von Arbeitsplätzen aussieht: Die sogenannte „Grenzlandförderung" sieht zur Schaffung von Arbeitsplätzen in weniger industrialisierten Gebieten wie dem nördlichen Waldviertel Vergünstigungen von seiten der Gemeinden und des Staates vor. So wurden der Firma Respo von der Gemeinde der Baugrund kostenlos zur Verfügung gestellt und auf zehn Jahre Steuervergünstigungen geboten. (Keine Steuern an die Gemeinde wie z. B. Lohnsummensteuer.) Gleichzeitig bekam die Firma vom Staat für jeden geschaffenen Arbeitsplatz 20.000 Schilling. Insgesamt beschäftigte die Firma Respo drei- bis vierhundert Arbeiterinnen.

Als nach den zehn Jahren die Vergünstigungen abgelaufen waren, hatte die Firma schon vorgesorgt. Bereits vorher hatte sie 20 Kilometer weiter – diesmal in Groß Gerungs – mit denselben Vergünstigungen ein neues Werk derselben Art geschaffen, die „besten und fleißigsten" Arbeiterinnen des alten Werkes dorthin übernommen und wollte nun das Werk in Weitra mit der Begründung „schlechte Auftragslage, keine Arbeit" schließen.

Damals schaltete sich auch die Gewerkschaft ein, die dann im Sinne der Sozialpartnerschaft einen Kompromiß aushandelte: Nur die Hälfte der Belegschaft – ungefähr 150 Arbeiterinnen – wird entlassen, der Rest muß aber abwechselnd kurzarbeiten: einen Monat lang die eine Hälfte, dann einen Monat lang die andere. Und jetzt kursiert bereits wieder das Gerücht, daß auch die Firma Respo wieder Arbeiterinnen entlassen will.

So sieht also die Förderung der Unternehmer aus, denn nichts anderes ist die „Grenzlandförderung". Aber wie sieht die Lage für die Arbeiterinnen aus? Zum einen Teil sind sie Bäuerinnen, die gezwungen sind, dazuzuverdienen; zum anderen Teil sind es alleinstehende Arbeiterinnen, die jetzt ohne weitere Existenzgrundlage dastehen. Diese überlegen sich nun, ob sie nicht in Wien – 180 Kilometer entfernt – Arbeit suchen sollten, da sie im Waldviertel keine mehr finden werden. ●

Zweimal der 12. Februar

Die Tatsachen sind bekannt: Am 12. Februar 1934 wurde all das vernichtet, was in Österreich an demokratischen Rechten nach dem 15. Juli 1927 noch übriggeblieben war. Am 12. Februar1938 – vor vierzig Jahren – unterschrieb der Austrofaschist Schuschnigg das Berchtesgadener Abkommen und stellte damit Hitler einen Freibrief für die geplante Unterwerfung Österreichs aus.

Am 12. Februar '34 riet dieser Schuschnigg in einer Radioansprache den österreichischen Arbeitern, ihre Führer („die Hyänen") „zum Teufel zu jagen". Gleichzeitig richtete die Wiener Polizei auf Befehl von Dollfuß unter den gleichen Arbeitern ein Blutbad an, während die opportunistischen Führer der SP – wie Schneidmadl und Helmer – noch immer durch Verhandlungen Kompromisse zu erreichen versuchten.

Die Illegalisierung und Niederschlagung der Arbeiterbewegung im Februar '34, die Tatsache, daß das österreichische Volk der elementarsten demokratischen Rechte beraubt wurde, war der Wegbereiter des Berchtesgadener Abkommens im Februar '38. In diesem Sinne wenigstens hatten die Heimwehr, Dollfuß und Schuschnigg ganze Arbeit geleistet und Österreich vor Hitler entwaffnet.

Hitler wußte, daß Schuschnigg über ein Volk ohne Rechte herrschte und den Arbeitern die Waffen zur Verteidigung des Landes verweigerte.

Er wußte, daß Schuschnigg statt dessen auf Mussolini als Gegengewicht vertraute, der aber im Begriffe war, ihn fallenzulassen.

Und Hitler wußte, daß Schuschnigg ihn selbst „befrieden" wollte und bereit war, ihm jede Art von Zugeständnissen zu machen.

Konnte man nicht Vertrauen haben in Herrn Hitler, der Schuschnigg in einem Übereinkommen vom Juli 1936 die „volle Souveränität des Bundesstaates Österreich" garantiert hatte?

In Berchtesgaden wurde dem österreichischen Kanzler zwei Jahre später die Rechnung präsentiert. Hitler diktierte ihm: Der Nazi Seyß-Inquart wird Sicherheitsminister mit unbeschränkter Polizeikompetenz, alle Nazis werden amnestiert, sie dürfen sich frei zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekennen.

Schuschnigg akzeptierte und gab damit praktisch seinen Sanktus zur Annexion Österreichs, die einen Monat später erfolgte. In der Zwischenzeit wurde die Öffentlichkeit noch kräftig betrogen, weil die österreichische Regierung „einen überzeugten Optimismus nach außen" markierte.

In der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 drangen die Hitlertruppen in Österreich ein, ohne daß von österreichischer Seite ein Schuß auf die Eindringlinge abgefeuert wurde.

Das österreichische Großkapital, repräsentiert durch Schuschnigg, das von den Arbeitern im Februar 1934 die vollständige Kapitulation verlangt hatte, kapitulierte nun seinerseits vor der Erpressung durch Hitler und lieferte ihm das österreichische Volk aus.

Das war einmal, vor vierzig Jahren? Sicher, heute ist nicht 1934, auch nicht 1938. Nicht Austrofaschisten stellen heute die Regierung, sondern Sozialdemokraten. Niemand schießt wie 1934 auf die Arbeiter.

Aber auch heute machen sich bereits wieder Vorboten eines Februar '34 und '38 bemerkbar. Man braucht nur an die Pogromstimmung zu denken, mit der zur Jagd auf alles, was als „Terrorist" bezeichnet wird, geblasen wird; an die Beschimpfung von Atomkraftwerksgegnern als „Terroristen" durch den Bundeskanzler persönlich; an die Schaffung von Antiterror-, sprich: Bürgerkriegseinheiten.

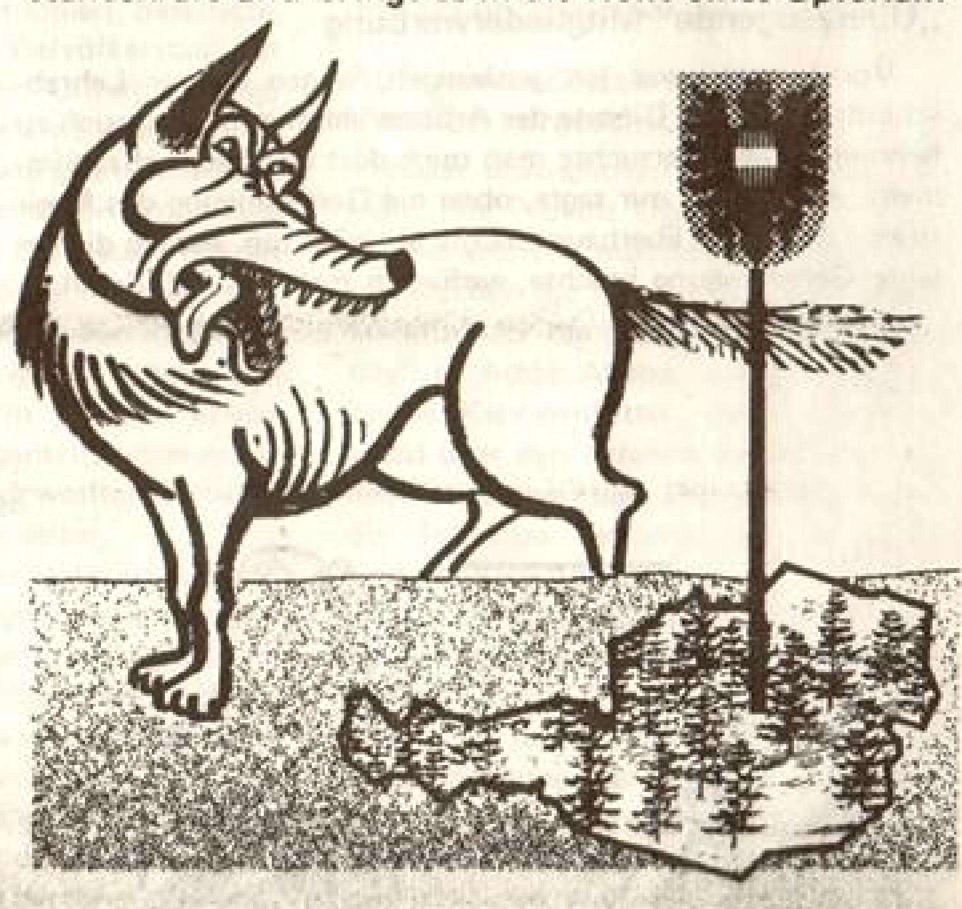
Andererseits wird heute betont, ein Volk in Waffen, ein Partisanenkrieg zur Verteidigung der Unabhängigkeit sei „ungesetzlich" und „nicht vorgesehen".

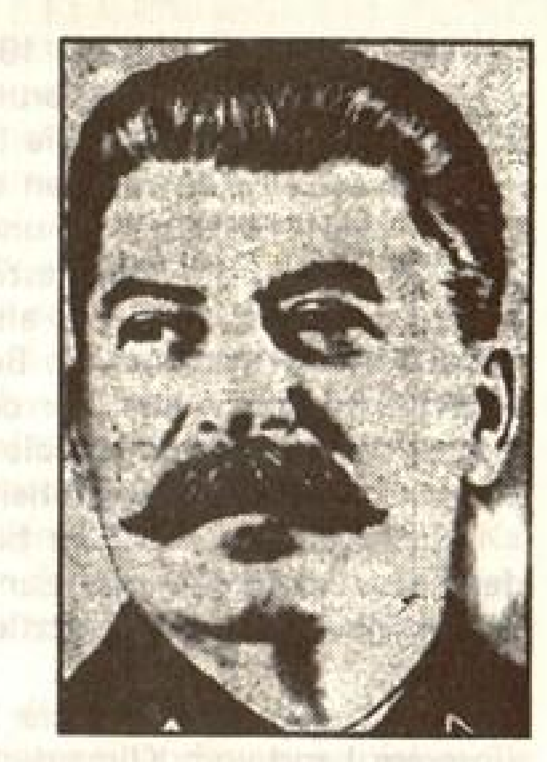
Gleichzeitig sprechen die herrschenden Kreise in unserem Land vom Klima der Entspannung, von „Toleranz" zwischen den Staaten. Und das angesichts zweier waffenstrotzender Supermächte, die ihre Aggressivität oft genug bewiesen haben.

Man soll sich ruhig fragen: Wie weit ist das Vertrauen auf die Dokumente von Helsinki und die „Toleranz", die Kreisky und Pahr einem Breschnew entgegenbringen, vom Vertrauen eines Schuschnigg entfernt? Der hatte einem Hitler geglaubt, als dieser 1936 die „volle Souveränität des Bundesstaates Österreich" garantierte.

Ist der Februar '34 und '38 ein Grund zum Nachdenken, dann sollte man daraus den Schluß ziehen, jede faschistische Verhetzung und antidemokratische Maßnahme – egal von wem sie kommt – zurückzuweisen. Zurückweisen sollte man jede Vertrauensseligkeit und jedes Entgegenkommen gegenüber den Supermächten.

Denn Unterdrückung des Volkes und Liebedienerei vor den Supermächten beraubt ein Land seiner Widerstandskraft und bringt es in die Rolle eines Opferlammes, auf das jeder Kriegstreiber nur Appetit verspüren kann. „Soviel du auch den Wolf fütterst, er wird immer nach dem Walde schielen" sagt ein Sprichwort. Wie 1938 gilt das auch 1978. G. H., Salzburg ●





25 Jahre nach Stalin

Am 5. März jährte sich zum fünfundzwanzigsten Male der Todestag des Genossen Josef W. Stalin. Die bürgerlichen Machthaber in der Sowjetunion benützten den schweren Verlust, den die sowjetische und die internationale Arbeiterbewegung durch den Tod ihres hervorragenden Vertreters erlitten hatte, zu einem bislang beispiellosen Verrat an den Interessen der arbeitenden Menschheit. Ihr Anführer, Nikita Chruschtschow, inszenierte einen konterrevolutionären Putsch in Partei und Staat und leitete damit eine Entwicklung ein, in deren Verlauf sich der erste Staat der Arbeiter- und Bauernmacht in eine aggressive, imperialistische Supermacht verwandelte.

Heute, zwei Jahre nach dem Tod des Genossen Mao Tsetung, der nach Stalin den Marxismus-Leninismus an führender Stelle gegen alle Entstellungen verteidigt und weiterentwickelt hat, sind wir Zeugen einer gleichlaufenden Entwicklung in China. Die konterrevolutionäre Entwicklung in China scheint allen denen Recht zu geben, die die Macht der Werktätigen für eine Utopie halten und die uns einreden, daß es immer oben irgendwelche Bonzen geben muß, die über die unten kommandieren.

Hat aber nicht die fast vierzigjährige revolutionäre Geschichte der Sowjetunion Lenins und Stalins und die siebenundzwanzigjährige Geschichte des roten China unter Mao Tsetung eindringlich unter Beweis gestellt, daß die Werktätigen durchaus ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen können? Sind nicht die gigantischen Erfahrungen, die die Arbeiterklasse in der Sowjetunion und in China sammeln konnte, eine unschätzbare Hilfe für alle die, die als ehrliche Revolutionäre weiter für den Kommunismus kämpfen?

Es gibt keine geradlinige Entwicklung in der Geschichte. Auf den Sieg erfolgt die Niederlage, aus der Niederlage kann man lernen und sie in noch größere Siege verwandeln, wenn man nur Vertrauen in die eigene Kraft hat.

Genosse Stalin hat uns gelehrt: „Das Wichtigste, was die Bourgeoisie aller Länder und ihr reformistischer Nachtrab besonders anstreben, besteht darin, in der Arbeiterklasse den Glauben an die eigene Kraft, den Glauben an die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit ihres Sieges auszurotten und damit die kapitalistische Sklaverei zu verewigen. Denn die Bourgeoisie weiß: wenn der Kapitalismus noch nicht gestürzt ist und nach wie vor besteht, so verdankt er dies nicht seinen guten Eigenschaften, sondern dem Umstand, daß das Proletariat noch nicht genügend festen Glauben an die Möglichkeit seines Sieges hat." •

„Überzeugende" Mitgliederwerbung

Vor kurzem war ich gezwungen, wegen meiner Lehrabschlußprüfung die Dienste der Arbeiterkammer in Anspruch zu nehmen. Zuerst versuchte man mich dort überhaupt abzuwimmeln, indem man mir sagte, ohne die Genehmigung des Magistrats könne man überhaupt nichts für mich tun. Als ich die besagte Genehmigung brachte, wofür ich mehr als 300 Schilling berappen mußte, schickte man mich zur Gewerkschaft weiter, wegen eines Kurses, den ich nunmehr benötigte.

Tags zuvor teilte ich in einem diesbezüglichen Gespräch einer Dame auf der Gewerkschaft telefonisch mit, daß ich nicht Mitglied bin. Trotzdem vereinbarte sie mit mir einen Termin für den nächsten Tag.

Ich erklärte ihr meine Lage; daß diese Prüfung sehr wichtig für mich ist. Ich fragte, was ich unternehmen könnte, um zu den nötigen Unterlagen zu kommen. Nunmehr erkundigte sie sich wieder nach meiner Mitgliedschaft, worauf ich wieder verneinen mußte. Sie gab mir dann aber doch mehr oder weniger bereitwillig Auskunft. Später wandte sie sich an einen Kollegen, der sich – wie sie mir sagte – „in diesen Sachen noch viel besser auskennt".

Dieser „Kollege" war sehr freundlich, erkundigte sich nach meinem früheren Arbeitsplatz, welcher Betriebsrat dort war etc. und wollte telefonisch noch einen dritten Kollegen bemühen, um mir entgegenzukommen. Dieser meldete sich aber nicht und nun saß der Herr etwas ratlos vor dem Telefon. Nun kam noch einmal die Frage nach meiner Mitgliedschaft. Als ich wieder verneinte, meinte er nur: „dann interessiert mich das nicht mehr" und verließ das Zimmer.

Ich hatte begriffen: Als die Kollegin mir die Beitrittserklärung hinlegte, füllte ich diese aus und unterschrieb. Da ich ja jetzt Mitglied war, konnte sie mir versprechen, die nötigen Unterlagen ehebaldigst zu schicken.

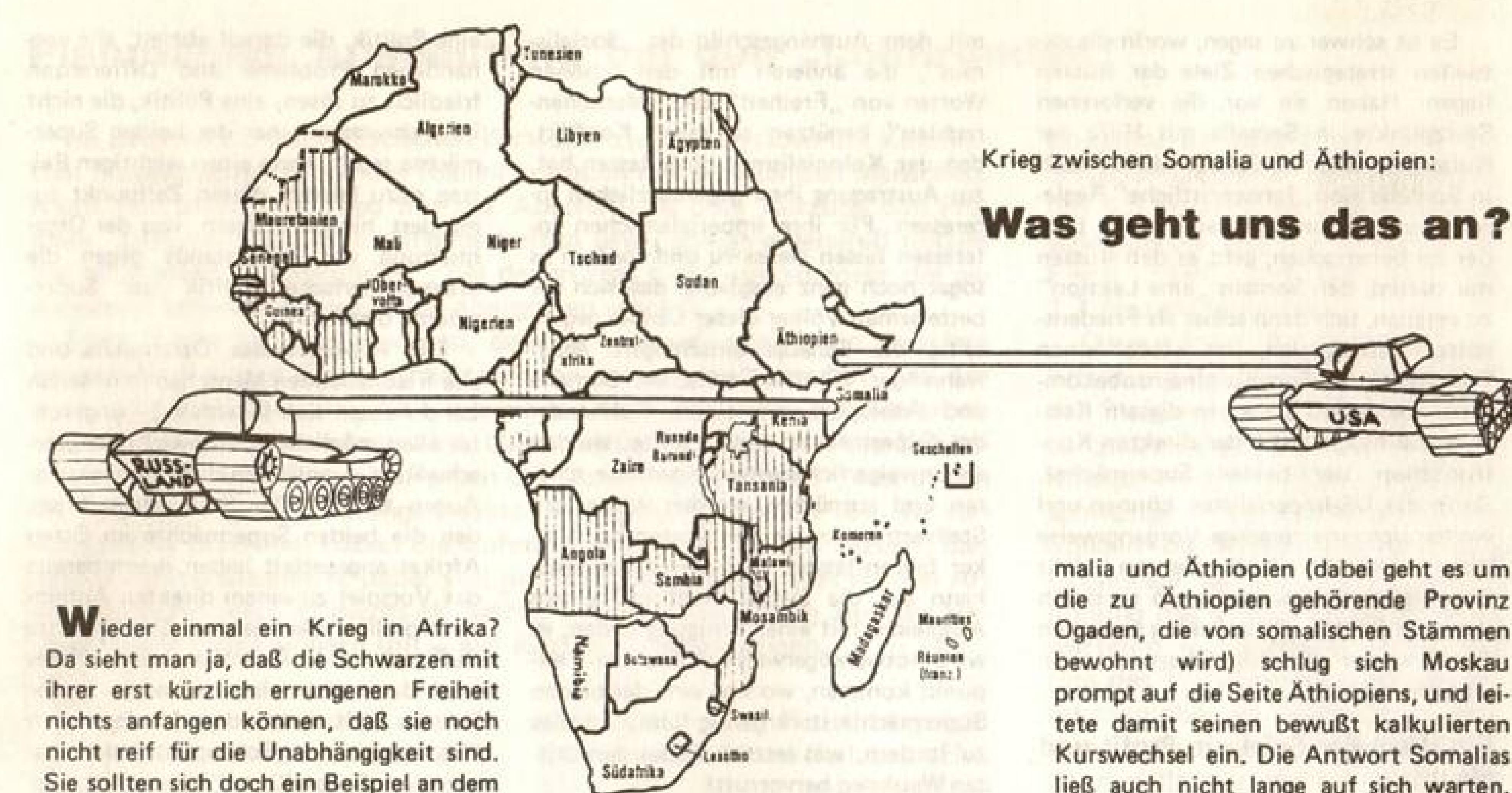
Für mich ist so ein „Kampf um die Herzen und Hirne der Arbeiter" allerdings bemerkenswert.

G. W., Wien •



Krieg zwischen Somalia und Äthiopien:

Was geht uns das an?



Wieder einmal ein Krieg in Afrika? Da sieht man ja, daß die Schwarzen mit ihrer erst kürzlich errungenen Freiheit nichts anfangen können, daß sie noch nicht reif für die Unabhängigkeit sind. Sie sollten sich doch ein Beispiel an dem nach wie vor von den Weißen beherrschten Südafrika nehmen! Da herrscht wenigstens Ruhe und Ordnung. So kann man manche Leute über den Krieg zwischen Äthiopien und Somalia reden hören, weil sie, statt den eigenen Kopf zu gebrauchen, sich lieber auf die Meinung eines Herrn Staberl in der „Kronenzeitung" stützen. Andere wieder, auf dieses Thema angesprochen, zucken nur mit den Schultern: Was geht das uns schon an, wenn sich die Wilden da unten in Afrika gegenseitig massakrieren.

Stellvertreterkrieg für die beiden Supermächte Rußland und USA

Ja, was geht uns der Konflikt am Horn von Afrika eigentlich wirklich an? Ist es ein bloßer Stammeskonflikt, wie es schon unzählige gegeben hat und weiter geben wird, weil die ehemaligen Kolonialherren die Grenzen zwischen den Staaten nach ihrem Gutdünken gezogen haben, ohne sich um Volks- und Sprachgrenzen zu scheren? Nein, es geht um viel mehr. Es geht schlicht und einfach darum, daß im Zuge des weltweiten Ringens der beiden Supermächte USA und Rußland um die Weltherrschaft die von beiden den Stammesfehden ausgenützt werden, um dieses strategisch äußerst wichtige Gebiet im Osten Afrikas in den Griff, unter die eigene Herrschaft zu bekommen. Es geht darum, daß auf den Rükken der Völker Somalias und Äthiopiens ein Stellvertreterkrieg ausgefochten wird, der einen weiteren Mosaikstein in Richtung des direkten Aufeinanderprallens der beiden nach der Weltherrschaft gierigen Großmächte darstellt. Und genau das macht diesen Krieg in einer scheinbar entlegenen Ecke der Welt auch für uns so gefährlich.

Ständiges Ringen um Einfluß in diesem Gebiet

Was war die Vorgeschichte dieses Krieges? Zuerst hatten die Russen auf Somalia gesetzt, und die Amerikaner besaßen großen Einfluß im feudalen Äthiopien des Kaisers Haile Selassie. Beiden ging und geht es dabei um die Kontrolle der ganzen dortigen Region, denn wer dieses Gebiet in der Hand hat, ist der Herr über eine Meerenge, durch die der Weg der Erdöltankerflotten führt. Als eine Offiziersrevolte 1974 das korrupte Feudalregime in Äthiopien beseitigte, schien das Land (ein Vielvölkerstaat mit vielfältiger nationaler Unterdrückung) zu zerfallen. Die verschiedenen unterdrückten Völker verlangten nationale Befreiung, die geknechteten Volksmassen Land und Brot. Die neuen Herren gaben zwar große Sprüche von sich, konnten aber die brennenden Probleme des Landes (Schaffung von autonomen Regionen, Landreform ect.) in keiner Weise lösen. Im Gegenteil, untereinander selbst rivalisierend, wollten sie lediglich die Macht für sich selbst.

Rußland spekulierte ob der politischen Veränderung in Äthiopien sofort darauf, sich auch dort festzusetzen. Das flächen- und bevölkerungsmäßig weit größere Land erschien für sie weit wichtiger als das kleine, dünn besiedelte und fast nur von Nomaden bevölkerte Somalia. Als neue Offiziere in Addis Abeba an die Macht kamen, wurde der Chef der Militärregierung nach Moskau geholt, flugs zum „Marxisten-Leninisten" erklärt und unter allerhand Versprechungen vor den Karren der Russen gespannt. Beim Ausbruch des Grenzkonflikts zwischen Somalia und Äthiopien (dabei geht es um die zu Äthiopien gehörende Provinz Ogaden, die von somalischen Stämmen bewohnt wird) schlug sich Moskau prompt auf die Seite Äthiopiens, und leitete damit seinen bewußt kalkulierten Kurswechsel ein. Die Antwort Somalias ließ auch nicht lange auf sich warten. Genau wie bereits in Ägypten und Sudan flogen die Russen mitsamt ihren „Beratern" und „Entwicklungshelfern" aus dem Land, das sich wieder mehr den alten Kolonialmächten und den Amerikanern zuwandte. China, das bei Lebzeiten Mao Tsetungs stets bei Konflikten zwischen Ländern der Dritten Welt den Standpunkt vertreten hatte, den Streit friedlich durch Verhandlungen zu regeln, zeigte wieder einmal, aus welchem Holz seine neuen Machthaber geschnitzt sind: es stellte sich voll auf die Position Somalias und leistet damit eindeutig, wie schon so oft in letzter Zeit, dem US-Imperialismus Schützenhilfe.

Auf beiden Seiten werden die Vasallen vorgeschickt

Nach anfänglichen Erfolgen der Somalis (die Provinz Ogaden wurde weitgehend erobert) machte sich in den letzten Wochen die massive russische „Waffenhilfe" des „fortschrittlichen Militärs" in Addis Abeba sowie das kubanische Kanonenfutter, das die Russen selbst über den Atlantik herbeischaffen, deutlich bemerkbar. Die Somalis haben die Initiative verloren, die Äthiopier sind auf dem Vormarsch.

Auf der anderen Seite begannen sich die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, die die Politik Washingtons vertreten, zu rühren. Der Iran würde einer Überschreitung der somalischen Grenzen nicht tatenlos zusehen, tönte es aus Teheran. Die Ägypter und die Sudanesen schickten Waffen. Frankreich, England, Deutschland usw. „berieten" ebenfalls über „Hilfsmaßnahmen". So haben es die Amerikaner bisher nicht nötig gehabt, sich selbst in irgendeiner Weise die Hände schmutzig zu machen. ⇨

Es ist schwer zu sagen, worin die aktuellen strategischen Ziele der Russen liegen. Haben sie vor, die verlorenen Stützpunkte in Somalia mit Hilfe der Kubaner wieder zurückzuerobern, oder auch in Somalia eine „fortschrittliche" Regierung einzusetzen und damit beide Länder zu beherrschen; geht es den Russen nur darum, den Somalis „eine Lektion" zu erteilen, sich dann selbst als Friedensstifter aufzuspielen, um wieder einen Fuß auch nach Somalia hineinzubekommen? Jedenfalls steckt in diesem Konflikt die Möglichkeit der direkten Konfrontation der beiden Supermächte. Denn die US-Imperialisten können und wollen sich eine derartige Vorgangsweise ihrer russischen Konkurrenten nicht bieten lassen, umso mehr, wo sie durch die neue Politik, die in Peking betrieben wird, wieder gewaltig Oberwasser gewonnen haben.

Ein dreckiges Spiel um Profit und Macht

Auf alle Fälle ist es ein ganz dreckiges Spiel, das uns die beiden Supermächte hier vorexerzieren. Mit verschiedensten Phrasen auf den Lippen, die einen mit dem Aushängeschild des „Sozialismus", die anderen mit den schönen Worten von „Freiheit" und „Menschenrechten", benützen sie einen Konflikt, den der Kolonialismus hinterlassen hat, zur Austragung ihrer gegensätzlichen Interessen. Für ihre imperialistischen Interessen lassen sie es zu und fördern es sogar noch ganz ausgiebig, daß sich die bettelarmen Völker dieser Länder gegenseitig die Schädel einschlagen. Auch wenn der Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien mit einem Kuhhandel der Supermächte enden sollte, werden sie unweigerlich weitere Konflikte schüren und ausnützen, werden sie weitere Stellvertreterkriege auf Kosten der Völker führen lassen. Und dieses Vorgehen kann auf die Dauer nicht mit einem Ausgleich, mit einer Einigung enden, es wird notwendigerweise einmal der Zeitpunkt kommen, wo sich eine der beiden Supermächte stark genug fühlt, um alles zu fordern, was letzten Endes den dritten Weltkrieg hervorruft!

Widerstand ist notwendig

Eine feste Politik der Einheit zwischen den Völkern der ganzen Welt, eine Politik, die darauf abzielt, alle vorhandenen Probleme und Differenzen friedlich zu lösen, eine Politik, die nicht im Fahrwasser einer der beiden Supermächte segelt, kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diesen Zeitpunkt zumindest hinauszuzögern, was der Organisierung des Widerstands gegen die kriegstreiberische Politik der Supermächte dienlich ist.

Die Arbeiterklasse Österreichs und alle friedliebenden Menschen in unserem Land müssen sich jedenfalls – ungeachtet allen möglichen Beschwichtigungsgeschwätzes – anläßlich dieses Krieges vor Augen führen: Der Stellvertreterkrieg, den die beiden Supermächte im Osten Afrikas angezettelt haben, kann bereits das Vorspiel zu einem direkten Aufeinanderprallen der beiden Supermächte Rußland und Amerika sein. Dieses wird dann aber nicht irgendwo in der Dritten Welt stattfinden, sondern auch Westeuropa zum Schauplatz haben. Dagegen muß der Kampf organisiert werden. Darin liegt die Gefahr, die die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs und das Leben jedes einzelnen Österreichers bedroht. ●

Todesküsse aus Moskau

Ende März wird der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Sallinger, eine halbe Hundertschaft von Wirtschaftsmanagern nach Moskau führen. Die Herren, Repräsentanten des österreichischen Monopolkapitals, werden den Spuren folgen, die der österreichische Bundeskanzler Anfang Februar gezogen hatte. Auf seine eigene Einladung hin war Kreisky gleichsam als oberster Handelsdelegierter des österreichischen Kapitals in die russische Hauptstadt geeilt, um Breschnew und Co. zu einer Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen zu bewegen. Treuherzig meinte die „AZ" in einem Kommentar, „daß die Sowjetunion sich auch gegenüber den Wirtschaftswünschen Österreichs nicht taub zeigen wird. Schließlich kamen ja die Österreicher nicht als Bittsteller, sondern bieten eine Zusammenarbeit, die beiden Seiten Vorteile bieten wird".

Welche „Vorteile" aber bietet die Zusammenarbeit mit der russischen Supermacht wirklich?

Vor nunmehr zehn Jahren schloß die ÖMV einen Erdgasvertrag mit der Sowjetunion ab, der mit vielen Vorschußlorbeeren bedacht worden war. In den darauffolgenden Jahren wurden von der Regierung alle Versuche unterbunden, auch mit anderen Staaten, wie z. B. mit Algerien, Verträge über die Lieferung von Erdgas abzuschließen. Rußland erhielt somit das Monopol auf die Einfuhr von Erdgas nach Österreich. Immerhin werden gut drei Viertel des österreichischen Verbrauchs an Erdgas eingeführt. Ihre Position als Alleinlieferant nützten die russischen Sozialimperialisten zu Preiserhöhungen weidlich aus. Das ist auch der Grund dafür, warum in den letzten Jahren das Defizit im Handel mit Rußland sprunghaft angestiegen ist. 1977 machte dieses Loch bereits 3,5 Milliarden Schilling aus.

Wegen dieses Defizits lud sich Kreisky bei den Kreml-Herren ein. Aber er reiste nicht deshalb nach Moskau, um zumindest eine Lockerung der Abhängigkeit Österreichs von Rußland auf dem Gebiet der Energieversorgung zu erreichen. Das Ergebnis der Besprechungen läßt vielmehr befürchten, daß Österreich nun auf weiteren Gebieten in die Abhängigkeit der russischen Supermacht geraten wird. So heißt es u. a. im Kommunique zum Kreisky-Besuch, daß beide Seiten es für notwendig erkannt hätten, die Möglichkeit „einer Zusammenarbeit auf Märkten dritter Staaten aktiver zu nützen". Was nichts anderes heißt, daß Österreich in die Weltherrschaftspolitik Rußlands eingespannt werden soll. Denn man kann sich leicht vorstellen, welche Länder diese „dritten Staaten" sind, wenn man verfolgt, wo und wie überall die russischen Sozialimperialisten ihre „Entwicklungshilfe" anbieten. Es sind die Staaten und Länder der Zweiten und insbesondere der Dritten Welt, auf die Rußland Einfluß hat, in denen das österreichische Monopolkapital zur höheren Ehre des Profits mit den Sozialimperialisten zusammenarbeiten will.

Frohlockend versah die „Volksstimme" einen Bericht über den Kreisky-Besuch in der Sowjetunion mit dem Titel „Liebesgrüße aus Moskau". Wir sind jedoch der Meinung, daß es nicht Liebesgrüße, sondern Todesküsse sind, die die Kreml-Herren da nach Österreich schicken. ●

Planmäßige Ausbeutung bei den „Lohnrunden"

Im Zeichen der kapitalistischen Wirtschaftskrise betreiben die Kapitalisten massive Angriffe auf das Realeinkommen der arbeitenden Menschen. Nicht nur innerbetrieblich mit der Abschaffung oder Kürzung von Prämien, Zulagen, sozialen Errungenschaften usw., sondern generell mittels der bekannten „Lohnrunden", bei denen real nicht einmal mehr die gestiegenen Lebenshaltungskosten abgegolten werden.

Stets haben wir nachgewiesen, daß die „Lohnrunden", die zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern ausgepackelt werden, Teil der planmäßigen Ausbeutung sind, wie sie in Österreich gegenüber den arbeitenden Menschen betrieben wird. Gegenwärtig unternehmen die Kapitalisten wieder einen Sturmlauf gegen die „hohen Lohnkosten", was in den Kollektivvertragsverhandlungen seinen Niederschlag finden soll. In verschiedenen Branchen haben die Lohnverhandlungen bereits gezeigt, daß die Gewerkschaftsführer dabei voll und ganz mitspielen. Was sie den Arbeitern dazu sagen, ist nichts als Betrug. Planmäßiger Betrug, der den Unternehmern Profit sichern soll – auf Kosten der Werktätigen.

Erinnern wir uns. Früher einmal wurde den „Lohnrunden" der Einkommensverlust durch die Inflation des vergangenen Jahres zugrundegelegt. Der Betrug daran war, daß diese Lohnerhöhung für einen kommenden Zeitraum Geltung hatte, in dem die Preise noch mehr in die Höhe gingen als zuvor. Der Gewinn der Unternehmer lag also in den Prozenten, um die die neuerlichen Preissteigerungen höher als die Lohnerhöhungen lagen.

Diesen Betrug hat im Dezember 1970 ein Genosse unserer Organisation auf einer Beratung der Lederarbeiter-Gewerkschaft aufgezeigt. Deshalb verlangte unser Genosse, daß nicht nur der Einkommensverlust durch die Inflation im abgelaufenen Jahr ersetzt und die statistisch nachgewiesene Produktivitätssteigerung abgegolten werde, sondern daß man auch in der zu vereinbarenden Lohnerhöhung die amtlich vorhergesagte Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Jahre 1971, für welches das neue Lohnabkommen gelten sollte, berücksichtigen müsse.

Der Antrag unseres Genossen wurde damals durch die massive Mehrheit der offiziell-sozialistischen Delegierten zu Fall gebracht. Aber die vernünftige Grundlage dieses Antrages konnte auf die Dauer nicht aus der Welt geschafft werden. Nur benützen die Gewerkschaftsführer diese vernünftige Grundlage zu einem neuerlichen Betrug, der faktisch dazu führt, daß den Arbeitern ganz einfach die Abgeltung für ein Jahr Teuerung gestohlen wird.

Seit einigen Jahren legen nämlich die Gewerkschaftsbonzen ihren Verhandlungen bei den fälligen „Lohnrunden" nicht mehr die Teuerungsrate für das abgelaufene Jahr, sondern die Vorhersage über den Verbraucherpreisindex für das kommende Jahr zugrunde. Warum? Weil bis 1974 die ungewöhnlich starke Hochkonjunktur anhielt, durch welche die Inflationsraten jährlich zunahmen, wogegen seit 1974 eine Abwärtsentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu verzeichnen ist, bei welcher die Steigerungsrate des Lebenshaltungskostenindex zurückging. Dies infolge Absinkens der Preise von Rohstoffen und Halbfabrikaten. So sind z. B. 1977 die Großhandelspreise für Mineralien um 4,5 Prozent, für elektrotechnische Geräte um 1,3 Prozent, für Eisen, Stahl und Halbzeug um 1,2 Prozent gesunken.

Daraus folgt, daß planmäßig die Erhöhung der Nominallöhne unter der Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten gehalten wird! Ist – infolge des Konjunkturaufschwungs – die Inflationsrate im Steigen begriffen, dann wird die Grundlage für die fällige Lohnerhöhung die – im Vergleich zur erwarteten – niedrigere Teuerungsrate des Vorjahres gewählt; erwartet man aber im kommenden Jahr eine niedrigere Inflationsrate, dann mißt man die auszuhandelnde Lohnerhöhung an eben diesem „zu erwartenden" Niveau!

Ganz abgesehen von folgenden Praktiken der „Lohnrunden":

1. Die Zeiträume, für welche die neuen Lohnsätze gelten sollen, werden immer länger. Dadurch wächst für die Kapitalisten der Spielraum, wo ihre Preissteigerungen der Lohnnachziehung „davonlaufen" können.

2. Die „Ist-Löhne" treten gegenüber den KV-Löhnen immer mehr in den Hintergrund, weil der – für die frühere Konjunkturperiode kennzeichnende – Abstand zwischen ihnen „automatisch" immer geringer wird oder von den ÖGB-Bonzen absichtlich verringert wird.

3. Die auf die Netto-Lohnerhöhung drückende Steuerprogression wird nicht gemildert, so daß für einen Großteil der arbeitenden Menschen die faktische Einkommenssteigerung sogar hinter der Teuerungsrate zurückbleibt.

4. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität (d. h. die Leistung des Arbeiters bei sonst gleichbleibenden Bedingungen) wird mit voller Absicht nicht mehr als Faktor für die Gestaltung des neuen Lohntarifs beachtet, so daß schon allein dadurch die Mehrwertrate, d. h. der Ausbeutungsgrad, immer höher wird. Ist das die Politik, die man von Arbeiterführern erwartet? Kann man sich mit so einer Politik zufriedengeben? ●

Gemeinsam die Krise bewältigen